„Alterung der Bevölkerung hat sich kaum auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt“ lautet die Überschrift einer jüngst veröffentlichten Studie aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) [PDF – 944 KB]. Das eigentlich neue und interessante Ergebnis der Studie ist, dass die Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung auch in Zukunft „nur einen geringen Effekt auf die gesamte Arbeitslosenquote haben“ dürfte.
Dieser Befund widerspricht nämlich fundamental der von der Politik ständig ausgegebenen und von den Medien nachgeplapperten Behauptung, die demografische Entwicklung und dabei vor allem die Alterung der Bevölkerung werde die Arbeitslosenzahlen deutlich sinken lassen.
„Alterung der Bevölkerung wirkt sich kaum auf die Arbeitslosigkeit aus“ hätten also die Schlagzeilen aufgrund dieser Studie lauten müssen, doch die allermeisten Medien fallen auf die politisch motivierte, schönfärberische Pressemitteilung des IAB herein und machen daraus eine Jubelmeldung über die Verdoppelung der Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer. Man müsste also sogar von Papagei-Papageien-Journalismus sprechen. Von **Wolfgang Lieb**.

Die demografische Entwicklung und die Alterung der Bevölkerung der Bevölkerung würden die Arbeitslosenzahlen deutlich senken, Vollbeschäftigung sei in Sicht, ja sogar ein Mangel an Arbeitskräften drohe. So hören und lesen wir allenthalben.

Dagegen heißt es im Fazit der IAB-Studie:

> *„Schon in den letzten beiden Dekaden hat es einen ausgeprägten demografischen Wandel gegeben, der mit Veränderungen im Erwerbsverhalten einherging. Ausgehend von der Bevölkerungsentwicklung im vereinten Deutschland von 1991 bis 2010 wurde dargestellt, dass die erwerbsfähige Bevölkerung (15- bis 64-Jährige) um 1,18 Mio. Personen zurückgegangen ist, während die Zahl der Erwerbspersonen um 1,86 Mio. gestiegen ist. Gleichzeitig hat sich die Altersstruktur der Erwerbspersonen drastisch verschoben:*
>
> *Der Anteil der unter 40-Jährigen sank von 56,5 auf 42,1 Prozent, während es bei den über 39-Jährigen einen entsprechend starken Zuwachs gab.*
>
> ***Diese Veränderung der Altersstruktur hat zu einer günstigen Arbeitsmarktentwicklung beigetragen, allerdings schlug dies quantitativ kaum zu Buche.***
>
> *Unsere Berechnungen zeigen: Hätte sich die Altersstruktur der Erwerbspersonen gegenüber 1991 nicht verändert, wäre unter sonst gleichen Bedingungen die*

> *Arbeitslosenquote des Jahres 2010 mit rund 0,19 Prozentpunkten nur marginal höher gewesen.*
>
> *Positive Impulse für den Arbeitsmarkt gingen auch von der Veränderung der Erwerbsbeteiligung aus, die mit 0,07 Prozentpunkten aber noch geringer ausfielen.*
> ***Auch in Zukunft ist davon auszugehen, dass der Altersstruktureffekt quantitativ kaum Bedeutung für die Arbeitsmarktentwicklung haben dürfte. So ergibt sich nach unseren Berechnungen aufgrund dieses Effekts bis 2030 ein Rückgang der Arbeitslosenquote um lediglich 0,14 Prozentpunkte.***
>
> *Allerdings ist zu bedenken, dass demografische und partizipationsbezogene Entwicklungen durchaus auch einen Einfluss auf die Arbeitsnachfrageseite und damit eventuell auf die altersspezifischen Arbeitslosenquoten haben können. Wir konnten in weiteren Analysen zeigen, dass – unter Berücksichtigung der Reaktion der altersspezifischen Arbeitslosenquoten auf die demografische Entwicklung – der Rückgang der Arbeitslosenquote insgesamt deutlicher ausfällt.* ***Trotz dieser Ergebnisse sollte nicht automatisch darauf geschlossen werden, dass der demografische Wandel die Unterbeschäftigung beseitigt.***
>
> *Der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in den Arbeitsmarkt kann, muss aber nicht zwangsläufig zu der dargestellten generellen Verbesserung der Arbeitsmarktlage führen. Letzteres hängt auch von der Funktionsweise des Arbeitsmarktes ab und von der Passung zwischen Arbeitsangebot und –nachfrage in der Zukunft. Hier spielen insbesondere Qualifikationsanforderungen der Betriebe und Qualifikationsprofile der Erwerbspersonen eine tragende Rolle."*

Die Schlagzeilen hätten also lauten müssen: „Alterung der Bevölkerung wirkt sich kaum auf die Arbeitslosigkeit aus" oder vielleicht „Demografische Entwicklung hat nur wenig Auswirkungen auf die Arbeitsmarktentwicklung".

Solche Botschaften passen natürlich überhaupt nicht in die Propagandafloskeln der letzten Jahre, wonach die Alterung der Bevölkerung schon bald zu Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot führen werde und deswegen die Rente mit 67 eingeführt werden müsse oder dass die demografische Entwicklung sozusagen automatisch zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, ja sogar zur Vollbeschäftigung führe oder dass sich mit der Alterung die Berufschancen Jüngerer verbesserten.

Sie haben solche Behauptungen sicherlich schon bis zum Überdruss gehört.

Die von dieser politisch gesteuerten Lesart abweichenden Ergebnisse der Studie schienen der Leitung des IAB aber offenbar nicht ins politische Konzept zu passen. Dazu muss man wissen, dass dieses Forschungsinstitut eine Abteilung der Bundesagentur für Arbeit ist und diese Agentur wiederum ein Anhängsel des Bundesarbeitsministeriums ist. So ist es auch nicht erstaunlich, dass die Öffentlichkeitsarbeiter des IAB eine völlig andere Schlagzeile suchten und gefunden haben:

„Erwerbsquote der Über-60-Jährigen hat sich mehr als verdoppelt“, so lautet die Überschrift der Pressemeldung des IAB.

Weiter heißt es:

> *„In den letzten 20 Jahren hat sich die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen mehr als verdoppelt, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Während sie im Jahr 1991 noch bei 20,8 Prozent lag, stieg sie bis zum Jahr 2010 auf 44,2 Prozent. Entscheidend dazu beigetragen hat die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen.“*

Und natürlich durfte nicht fehlen, dass die Politik der Bundesregierung z.B. mit der Abschaffung der Vorruhestandsregelungen lobend erwähnt wird:

> *„Auch die Verbesserungen im Gesundheitszustand der Älteren sowie die veränderten politischen Rahmenbedingungen bei der Frühverrentung und den Vorruhestandsregelungen begünstigten den Anstieg der Erwerbsbeteiligung bei den Älteren, so das IAB.“*

Der gängige demografische Katastrophismus durfte in der Mitteilung für die Presse selbstverständlich auch nicht fehlen:

> *„Langfristig könne aber auch ein weiterer Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen und der Älteren den demografischen Wandel nicht mehr ausgleichen, betonen die Arbeitsmarktforscher. Die Zahl der sogenannten Erwerbspersonen, also die Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden, werde auf jeden Fall sinken.*

> *Bei realistischen Annahmen zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und zur Zuwanderung werde der Rückgang bis 2025 gut drei Millionen und bis 2050 sogar rund zehn Millionen betragen, erklärt das IAB.“*

Diese „Öffentlichkeitsarbeit“ – oder man sollte besser sagen, die Manipulation der veröffentlichten Meinung – hat prompt funktioniert. Der Verlautbarungsjournalismus apportierte, die „Papagei-Papageien“ – wie Kurt Tucholsky sie schon nannte – plapperten nach. Sie können es über die Suchmaschinen selbst überprüfen:

- „Anteil der älteren Arbeitnehmer hat sich verdoppelt“
- „Immer mehr Alte in Deutschland arbeiten“
- „Über 60-Jährige arbeiten doppelt so häufig wie früher“, schreibt selbst der hartz-kritische Blog gegen-hartz.de.
- „Fast jeder Zweite über 60 arbeitet noch“, setzt die konservative Welt noch einen drauf.

So oder so ähnlich lauteten gestern Abend über 60 News-Einträge meiner Suchmaschine.

Die Zeitungsredakteure hatten sich offenbar nicht einmal die Mühe gemacht, den in der Presseerklärung angegeben Link auf die Studie anzuklicken. Denn dann hätten sie schon durch die Überschrift der IAB-Studie erkennen müssen, dass irgendetwas nicht stimmen kann.

Die Überschrift der Studie lautet nämlich „Alterung der Bevölkerung hat sich kaum auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt“. Jeder einigermaßen wache Journalist hätte bemerken müssen, dass die Studie eine ganz andere Fragestellung hatte, als ihre Schlagzeilen und ihre Berichterstattung aussagten. (Siehe oben das Fazit der IAB-Studie)

Hätten sich dann die Verlautbarungsjournalisten die Mühe noch gemacht, die Studie auch nur kurz zu überfliegen, dann hätten sie sich die Augen reiben und erkennen müssen, dass die Pressemeldung des IAB mit dem Inhalt der Studie kaum etwas zu tun hat.

Nun haben selbst die Autoren der Studie offenbar schon mit der „Schere im Kopf“ gearbeitet und Fragestellungen und Formulierungen gewählt, die die Meinungsmache ihrer politisch vorgesetzten Arbeitsministerin von der Leyen nicht allzu sehr in Frage stellt,

wonach nämlich immer mehr Ältere erwerbstätig seien und deshalb die Abschaffung der Vorruhestandsregelungen ein politischer Erfolg und vor allem auch die Rente mit 67 alternativlos ist.

So ist es z.B. merkwürdig, dass die Autoren der Studie als Maßgröße für die Zunahme für die Erwerbstätigkeit Älterer die Altersgruppe der 40- bis 64-Jährigen angenommen haben, also genau die Altersgruppe in der die Generation der sog. Baby-Boomer hineingealtert ist und deswegen die Erwerbsbeteiligung der Älteren logischerweise zugenommen hat.
Aber ersparen wir uns solche Kritik im Detail.

Neben anderen Gründen, wird da in einer Nebenbemerkung auch die die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen erwähnt, die aber dann in der Presseerklärung wiederum dick herausgestrichen wird. Der Hinweis der Wissenschaftler, dass ein bedeutender Teil des Anstiegs älterer Erwerbstätiger „allerdings mit einer Zunahme atypischer Beschäftigung einher“ geht, bleibt von den Öffentlichkeitsarbeitern des IAB selbstverständlich unerwähnt.

Korrekt merken die Wissenschaftler sogar noch darüber hinaus an, dass mit der steigenden Teilnahme am Arbeitsmarkt „nicht automatisch auch das in Arbeitsstunden gemessene Arbeitsvolumen in Deutschland zugenommen hat“. Eine Zunahme der altersspezifischen Erwerbstätigkeit impliziere also nicht automatisch auch eine Zunahme des altersspezifischen Arbeitsvolumens, schränken sie ein. Sie verweisen sogar auf eine Studie, dass das Arbeitsvolumen in den letzten zwanzig Jahren zurückgegangen sei und die Teilzeitbeschäftigung zugenommen hat. (Siehe dazu „Statistisches Bundesamt als Bundesbeschönigungsamt“)

Die in der Pressemeldung des IAB hervorgehobene Alarmmeldung, dass der Rückgang der Erwerbspersonen 2025 gut drei Millionen und bis 2050 sogar rund zehn Millionen betrage, kommt in dem IAB-Kurzbericht nicht einmal vor.

Dort heißt es völlig undramatisch:

> *„Bis zum Jahr 2030 wird sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (12. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 1 W1) die Erwerbsbevölkerung auf 45,5 Mio. Personen verringern. Bei konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten und Arbeitslosenquoten ergäbe sich aufgrund des Altersstruktureffekts ein Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,14 Prozentpunkte. Dieser Rückgang ist gegenüber anderen erwarteten Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt von einer zu*

vernachlässigenden Größenordnung.“

Alle diese Befunde der Studie spielen weder in der Pressemeldung des IAB noch in der Presseberichterstattung eine Rolle. Allein der Satz, die Zahl 60- bis 64-Jährigen Erwerbspersonen habe sich verdoppelt, hat es in die Schlagzeilen geschafft.

Korrekterweise wird aber in der Studie darauf hingewiesen, dass bei der Zahl der Erwerbspersonen nicht das Erwerbspersonenpotenzial, also die „Stille Reserve“ erfasse. Solche sachlichen Einschränkungen oder auch die Aussage, dass die Arbeitslosenquote über alle Altersgruppen hinweg und gerade in dieser Gruppe der 60- bis 64-Jährigen in den letzten zwanzig Jahren „deutlich“ (+3,8%-Punkte) gestiegen wird, fallen in der öffentlichen Darstellung unter den Tisch.

Hätte sich die Medien ernsthaft mit der Studie beschäftigt, so hätten sie feststellen müssen, dass der Aussagegehalt ihrer Meldungen nichts mit der Kernaussage der Studie zu tun hatte. Von einem recherchierenden Journalismus hätte man aber darüber hinaus erwarten müssen, dass er die in dieser Studie relativ nebensächliche Bemerkung über die Verdoppelung der Zahl der Erwerbspersonen unter den 60- bis 64-Jährigen auch noch einmal selbst hinterfragt. Wenn man seine Recherche sogar nur im Internet betreibt, hätte man unschwer auf Fakten stoßen können, die diese Jubelmeldung konterkarieren.

Unbestreitbar ist, dass sich die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer in den letzten Jahren erhöht hat. Das ist aber eine rein quantitative Aussage, die nur wenig über die Qualität der Erwerbstätigkeit älterer Menschen aussagt. Sieht man nämlich von (schein-) selbständiger Arbeit oder von Mini-Jobs einmal ab, so stößt man selbst auf der Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit auf die ernüchternde Tatsache, dass im rentennahen Alter die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach wie vor nur sehr gering ausgeprägt ist und dass der Teil der Älteren, die vollzeitig arbeiten, sehr klein ist.

Einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung konnten im Jahr 2011 gerade einmal 12,5% der 63-Jährigen und nur noch 9,9% der 64-Jährigen nachgehen.

Quelle: Sozialpolitik aktuell [PDF – 110 KB]

Die Beschäftigungsbedingungen rentennaher Arbeitnehmer haben sich somit in den letzten Jahren nur äußerst langsam verbessert. Dazu kommt: Allein auf die Zahl der Erwerbstätigen abzustellen, ist viel zu kurz gegriffen, denn unter „Erwerbstätigkeit“ wird jede Form der

Erwerbsbeteiligung verstanden. Nach dem sog. ILO-Konzept werden dazu alle Erwerbspersonen gezählt, die in einer Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt oder als Selbständige bzw. als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben.

Nimmt man andere Daten wie etwa, dass in der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen die Beschäftigungsquote von versicherungspflichtig Beschäftigten nur bei 27,6% liegt und mit zunehmender Annäherung an die bisherige Regelaltersgrenze geradezu abstürzt (auf insgesamt nur noch rund 266.000 Arbeitnehmer/innen oder auf eine Vollbeschäftigungsquote von 12,5% (bei den 63-Jährigen) und auf 9,9% (bei den 64-Jährigen), dann entpuppen sich die Jubelmeldungen über die „Verdoppelung“ des Anteils der Arbeitnehmer im rentennahen Alter als reine Propaganda.

Wenn über 90 % der Erwerbsfähigen im Alter von 64 Jahren keine Vollzeiterwerbstätigkeit mehr ausüben (können), also die bisherige Regelaltersgrenze von 65 Jahren in einer regulären Beschäftigung nicht erreichen, dann sind die Voraussetzungen für ein Umsetzung der Rente mit 67 ohne drastische Abschläge bei den ohnehin in den letzten 20 Jahren schon um ein Drittel gekürzten Rentenbezügen nicht mehr gegeben.

Aber gerade um über diese Tatsache hinwegzutäuschen, werden solche Pressemeldungen in die Welt gesetzt und die meisten Medien fallen darauf herein und Journalismus macht sich durch das kritiklose Nachplappern zum Handlanger dieser Täuschung.